

Europa riskiert viel in Durban

Eine neue, taffe Verhandlungsstrategie der Europäischen Union birgt Risiken und Chancen für den globalen Klimaschutz

VON UNSEREM MITARBEITER
CHRISTIAN MIHATSCH

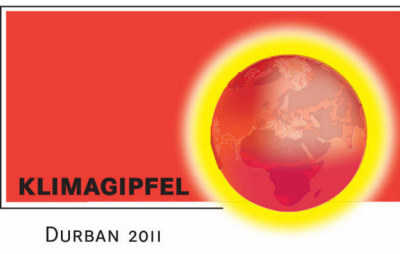
DURBAN. Die Europäische Union will das Kyoto-Protokoll zum Klimaschutz nur verlängern, wenn sich alle anderen Länder dazu verpflichten, bis 2015 einen neuen Weltklimavertrag auszuhandeln. Noch ist aber unklar, ob den anderen Ländern das Kyoto-Protokoll so viel wert ist. Die EU geht mit ihrer Bedingung bei den Klimaverhandlungen in Durban also ein erhebliches Risiko ein.

Das Kyoto-Protokoll läuft Ende nächsten Jahres aus. Aus Sicht des Klimas ist dies nur bedingt wichtig, da das Protokoll mittlerweile nur noch 15 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen abdeckt. Umso wichtiger ist der Vertrag aber für die Klimaverhandlungen. Für „G77 plus China“, die Allianz der Entwicklungsländer, ist eine Verlängerung des Protokolls das wichtigste Ziel bei den Klimaverhandlungen, die derzeit im südafrikanischen Durban stattfinden. Und für die EU ist die Verlängerung des Protokolls der wichtigste Verhandlungsschritt.

Die EU, die Schweiz, Norwegen und Neuseeland sind grundsätzlich bereit, das Protokoll zu verlängern. Doch sie wollen dafür eine Gegenleistung. Alle anderen Länder, insbesondere die USA, China und



Es werde Licht: In der Millionenmetropole Durban am Indischen Ozean sorgen Radfahrer mit ihrer Muskelkraft dafür, dass eine Lichtinstallation mit Strom versorgt wird – ohne klimaschädigende Emissionen. FOTO: DPA



Indien, sollen sich dazu verpflichten, bis 2015 ein weltweites, rechtlich verbindliches Klimaabkommen auszuhandeln. Die Verlängerung des Protokolls wäre somit nur die Brücke, bis ein neuer, globaler Klimavertrag in Kraft tritt.

Doch was ist dieser Verhandlungsschritt der EU wert? Den USA ist es erklärtermaßen egal, was mit dem Kyoto-Protokoll passiert, denn die Supermacht hat das Abkommen nie ratifiziert. Aber auch für China und Indien könnte eine Verlängerung des Protokolls nicht so wichtig sein, als dass sie dafür eine feste Zusage für ein künftiges Abkommen machen würden.

Indien vertritt dabei die althergebrachte Position der Entwicklungsländer. Nur die Industrieländer sollen sich verbindlich auf eine Reduktion der klimaschädigenden Emissionen verpflichten. Für die

Entwicklungsländer soll der Klimaschutz dagegen freiwillig sein, da die Armutsbekämpfung Vorrang habe.

Etwas differenzierter positioniert sich Brasilien. „Wir unterhalten uns über einen Fahrplan, der uns von Durban zu Verhandlungen (über ein weltweites Abkommen) bringt, die im Jahr 2015 beginnen könnten“, sagt Luiz Alberto Figueiredo Machado, ein brasilianischer Klimadiplomate. Während die EU also bis 2015 einen neuen Weltklimavertrag aushandeln will, sollen diese Verhandlungen aus brasilianischer Sicht erst im Jahr 2015 beginnen.

Auch China kritisiert die Forderung der EU als nicht fair, wie Su Wei, Pekings Chefunterhändler sagt. „Die EU schiebt die Zielmarke. Das ist kein effizienter Ansatz, da wir die Ziele eins nach dem anderen abarbeiten müssen. Aber da die EU die einzige Ländergruppe ist, die ernsthaft eine Verlängerung des Kyoto-Protokolls erwägt, sind die Entwicklungsländer offen und bereit mit der EU über ihre Forderungen zu reden.“

Damit hat die EU bereits ein wesentliches Ziel erreicht. Sie wird wieder ernst genommen. Während bei den Klimaverhandlungen in Kopenhagen im Jahr 2009 die entscheidenden Verhandlungen in

der letzten Nacht ohne die EU stattfanden, kommt in Durban keiner an der EU vorbei. Sie folgt also einer neuen Verhandlungsstrategie. Statt mit gutem Beispiel voranzugehen, in der Hoffnung die

anderen Länder würden folgen, stellt die EU diesmal klare Bedingungen.

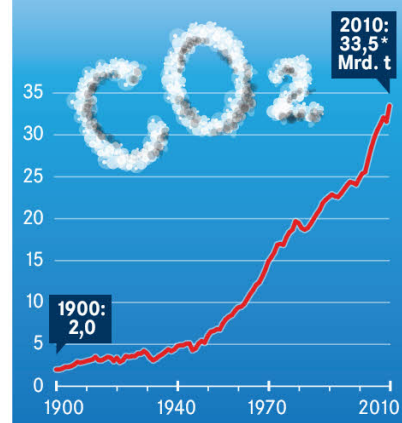
Aber diese Strategie ist nicht ohne Risiko. Im besten Fall bekommt die EU, was sie will und hätte die Klimaverhandlungen ein gutes Stück vorangebracht. Aber was, wenn die anderen Länder nicht auf die Forderung der Europäer eingehen? Dann müsste die EU konsequenterweise eine Verlängerung des Kyoto-Protokolls ablehnen. Der einzige Vorteil aus EU-Sicht wäre in diesem Fall: Die Schuld für das Auslaufen des Protokolls ließe sich auf jene Länder abschieben, die die EU-Forderung abgelehnt haben. Der Nachteil: Die Klimaverhandlungen würden in die wohl schwerste Krise in ihrer 20-jährigen Geschichte gestürzt und der Streit um das Kyoto-Protokoll könnte alle anderen Fortschritte, die von Durban erwartet werden, zunichtemachen. Denn bei dem Klimagipfel wollen Delegierte aus 190 Staaten bis zum 9. Dezember auch über die Finanzierung von Klimaschutzprogrammen in Entwicklungsländern beraten.

Die EU spielt bei den diesjährigen Verhandlungen also mit dem höchstmöglichen Einsatz und setzt alles auf die Kyoto-Karte. Ob sich dieses Risiko auszahlt, wird die kommende Woche zeigen.

Weltweiter Anstieg der CO₂-Emissionen

Ausstoß des klimaschädlichen Treibhausgases Kohlendioxid in Milliarden Tonnen

*vorläufige Schätzungen



BZ-GRAFIK/GLOBUS/ZEH

QUELLE: CDIAC